

An die
 Stadtverordnetenvorsteherin
 der Kreisstadt Groß-Gerau
 Am Marktplatz 1
 64521 Groß-Gerau

Antrag zur Stadtverordnetenversammlung

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|--|------------|-----------------|
| Kultur-, Sport-, Vereine-, Ehrenamts-, Senior*innenausschuss | 12.05.2026 | beschließend |
| Kultur-, Sport-, Vereine-, Ehrenamts-, Senior*innenausschuss | 09.06.2026 | beschließend |
| Finanz-, Digital-, Organisationsausschuss | 17.06.2026 | beschließend |
| Finanz-, Digital-, Organisationsausschuss | 17.06.2026 | beschließend |
| Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau | 23.06.2026 | beschließend |
| Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau | 23.06.2026 | beschließend |

| | |
|---|---------------------------------------|
| (wird vom Büro vergeben) | Antragsteller: CDU-Fraktion |
| Antrag Nr. VL-148/2026 | |
| Betreff: Änderungsantrag zu VL-315/2025 Bildung eines Seniorenbeirats für die Kreisstadt Groß-Gerau mit Satzung (Antragstellende Fraktion: CDU) | |
| Antragstext/Begründung: | |
| Antragstext: | |
| <p>1.) § 1 Abs. 2 S. 2 der Satzung des Seniorenbeirats ist wie folgt zu ergänzen: „Dies geschieht in der Weise, dass der Seniorenbeirat entweder eine Stellungnahme in schriftlicher oder elektronischer Form zu der Angelegenheit abgibt, oder dass Mitglieder des Seniorenbeirats sich hierzu mündlich in der Sitzung des für Seniorenangelegenheiten zuständigen Fachausschusses mündlich äußern.“</p> <p>2.) § 2 Abs. 3 S. 3 der Satzung des Seniorenbeirats ist wie folgt zu ändern: „Die Einladung erfolgt öffentlich und multimedial über alle möglichen und geeigneten Kommunikationswege, insbesondere über lokale Druckmedien sowie die Website der Stadtverwaltung und die Auftritte der Stadtverwaltung in den sozialen Medien.“</p> <p>3.) § 2 Abs. 4 der Satzung des Seniorenbeirats ist um folgenden S. 3 zu ergänzen: „Die</p> | |

Papiervorlage des Steckbriefs ist im Stadthaus sowie im Haus Raiss an geeigneter Stelle gut zugänglich zur Mitnahme bereitzulegen.“

- 4.) § 2 Abs. 5 S. 1 der Satzung des Seniorenbeirats ist wie folgt zu ändern: „Zur Kandidatenfindung werden alle möglichen öffentlichen und geeigneten Kommunikationswege, **insbesondere lokale Druckmedien sowie die Website der Stadtverwaltung und die Auftritte der Stadtverwaltung in den sozialen Medien**, genutzt und geeignete Organisationen **sowie Vereine** gezielt durch die Verwaltung angeschrieben.
- 5.) § 6 Abs. 4 der Satzung des Seniorenbeirats ist wie folgt zu ergänzen: „Die Sitzungen des Seniorenbeirates finden in Präsenz statt. **Die Mitglieder des Seniorenbeirates können auch ohne Anwesenheit am Sitzungsort per Bild-Ton-Übertragung an den Sitzungen teilnehmen, wenn eine digitale Sitzungsteilnahme in der Einladung vorgesehen ist.**

Eine digitale Sitzungsteilnahme ist nicht möglich:
 1. in der ersten Sitzung des Seniorenbeirates (konstituierende Sitzung)
 2. bei Wahlen nach § 55 HGO
 3. bei der Beschlussfassung über die Abberufung des Vorsitzenden gem. § 57 Abs. 2 HGO analog
 4. (...), von der Verwaltung gemäß HSGB-Mustersatzung zu ergänzen
- 6.) § 7 der Satzung des Seniorenbeirats ist um folgenden Satz 2 zu ergänzen: „**Bei Bild-Ton-Übertragung kann der interessierten Öffentlichkeit eine Beitrittsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden.**“
- 7.) § 8 Abs. 1 der Satzung des Seniorenbeirats ist wie folgt zu ergänzen: „Der Seniorenbeirat kann nur dann gültige Beschlüsse fassen (Beschlussfähigkeit), wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mehr als die Hälfte der Zahl der Mitglieder des Seniorenbeirates anwesend ist. **Bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit sind auch die Mitglieder des Seniorenbeirates zu berücksichtigen, die an der Sitzung mittels Bild-Ton-Übertragung teilnehmen.** Die Beschlussfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Die Antragstellerin oder der Antragsteller zählt zu den anwesenden Mitgliedern.“
- 8.) § 14 S. 1 HS. 2 der Satzung des Seniorenbeirats ist wie folgt zu ändern: „**zuständig dafür ist das für die städtische Seniorenarbeit zuständige Fachamt.**“

Begründung:

- 1.) Dient zur Festsetzung des Rederechts für Mitglieder des Seniorenbeirats im zuständigen Ausschuss (d.h. Sozialausschuss bzw. KUSS). Soll den Seniorenbeirat in den parlamentarischen Prozess stärker einbinden und den Dialog zwischen Politik und Seniorenbeirat verstetigen. Im Übrigen ist dies auch in der Mustersatzung des HSGB vorgesehen.
- 2.) Spezifizierung des Passus „alle möglichen Kommunikationswege“, der zu unbestimmt ist und viel Spielraum für Interpretation lässt. Sowohl Printmedien (z.B. Groß-Gerauer Echo, WIR-Magazin) als auch digitale Plattformen sind zu bespielen.
- 3.) Soll bereits in der Satzung festschreiben, dass die Papiervorlage nicht in einem permanent verschlossenen Büro in der Schublade verbleibt, sondern niederschwellig zur Mitnahme bereitgestellt wird. Infrage kommt die Pforte des Stadthauses sowie ein geeigneter Ort (oder mehrere) innerhalb des Hauses Raiss.

- 4.) Dient der Anpassung gemäß Antragspunkt 2.) sowie der ausdrücklichen Nennung der Vereine. Es soll betont werden, dass auch und insbesondere Vereine als Horte des Engagements im Alter bei der Kandidatenfindung mitwirken und die Einladung an ihre Mitglieder weitertragen können.
- 5.) Senioren sind häufiger mobilitätseingeschränkt oder erkrankt und können ihre Wohnung daher nicht verlassen. Andere könnten durch die Betreuung von Enkeln daheim gebunden sein, was angesichts der derzeitigen Betreuungssituation nicht ganz abwegig ist. Durch die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen per Video- oder Telefonkonferenz wird das Engagement im Seniorenbeirat niederschwelliger und womöglich ein größerer Personenkreis in der Gruppe der Senioren für ein Engagement erschlossen. Im Übrigen sieht dies auch die HSGB-Mustersatzung so vor.
- 6.) siehe Begründung zu 5.) analog
- 7.) siehe Begründung zu 5.) analog
- 8.) Dieser unbestimmtere Begriff soll verhindern, dass bei einer Änderung der Amtsbezeichnung auch eine Änderung der Satzung des Seniorenbeirats erforderlich wird.